



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen der  
Deutschen Sektion der  
Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)**

**Frage 1****Erhöhung des Bundeswehretats**

Welche Stellung beziehen Sie in der Diskussion um die Erhöhung der „Verteidigungsausgaben?“

**Antwort**

Damit die Bundeswehr ihren gewachsenen Aufgaben aufgrund der neuen Sicherheitslage gewachsen ist, haben wir auf Grundlage des neuen Weißbuches der Bundesregierung von 2016 eine Trendwende eingeleitet. Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Um den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, müssen die Instrumente der Diplomatie, der Polizei, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines vernetzten Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Deshalb werden wir parallel zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auch die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1:1 erhöhen, bis die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP erreicht ist.

**Frage 2****Rüstungsexport**

Werden Sie sich für eine drastische Reduzierung deutscher Waffenexporte – insbesondere in Drittländern und Krisenregionen – einsetzen? Werden Sie gegen die Lieferung von Kleinwaffen und Munitionen an Diktaturen und unsicheren Staaten stimmen und sich für eine restriktive Kontrolle sogenannter Endverbleibserklärungen einsetzen?

**Antwort**

Der Einsatz militärischer Mittel kann in unserer unruhigen Welt erforderlich sein, um Sicherheit zu schaffen, die Menschenrechte zu schützen und den Terrorismus zu bekämpfen. Hierbei arbeitet Deutschland eng mit Partnern – etwa in der NATO und der EU – zusammen. Solche Sicherheitspartnerschaften beruhen auf Gegenseitigkeit. Das bedeutet auch, dass man sich gegenseitig Verteidigungstechnologien – also auch verschiedene Waffen – nutzbar macht.

Es gibt auch Kooperationen, die über den Bereich der NATO oder der EU hinausgehen. Die Lieferung von Waffen an die Peschmerga half und hilft im Kampf gegen den IS und konnte vielen Jesiden und anderen Menschen das Leben retten. Es ergibt ebenfalls Sinn, Sicherheitskräfte, die in Afghanistan oder Mali von der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror ausgebildet werden, auch mit deutschen Waffen auszustatten. Gerade für solche Drittstaaten gelten strengste Waffenexportregeln. Für den Bereich der Kleinwaffen sind diese zuletzt im Sommer 2015 durch entsprechende Grundsätze der Bundesregierung weiter verschärft worden. Diese Grundsätze beinhalten weitergehende grundsätzliche Exportverbote und umfangreiche Dokumentationspflichten etwa über den Verbleib der Waffen bei Ausnahmen vom Exportverbot. Um die Weiterverbreitung von Kleinwaffen auf globaler Ebene zu bekämpfen, setzen wir auf unsere Partner und Regionalorganisationen: Wir wollen ihre Kapazitäten stärken, Waffen und Waffenlager besser zu sichern, illegale Waffenströme zu verfolgen und zu unterbinden und illegale Waffenbestände zu vernichten.

### **Frage 3**

#### **Bewaffnete Drohnen**

Treten Sie dafür ein, dass die Bundeswehr auch in Zukunft auf die Anschaffung und den Einsatz von bewaffneten Drohnen verzichtet?

#### **Antwort**

Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen anspruchsvollen Dienst und riskieren im Einsatz täglich ihr Leben. Für uns gilt: Wir schützen die, die uns schützen! Bewaffnete Drohnen sollen dabei der raschen und wirksamen Selbstverteidigung unserer Bundeswehrsoldaten bei unerwarteten Angriffen dienen. Einige der bisherigen Auslandseinsätze haben gezeigt, dass bei der Anforderung von Luftunterstützung wertvolle Zeit verloren gehen kann, in der das Leben und die körperliche Unversehrtheit unserer Soldaten einem unnötigen, großen Risiko ausgesetzt sind. CDU und CSU halten es daher mit der Sorgfaltspflicht für die Bundeswehrsoldaten nicht vereinbar, die Anschaffung und den Einsatz von bewaffneten Drohnen gegen den Rat der Bundeswehr auszuschließen.

#### **Frage 4**

##### **Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland**

Setzen Sie sich für einen Abzug aller Nuklearsprengköpfe aus Deutschland ein?  
Unterstützen Sie die UN-Initiative für eine nuklearwaffenfreie Welt? Sind Sie dafür, dass auch die NATO auf Atomwaffen verzichtet?

#### **Antwort**

Die dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts zeigten, dass Appeasement und einseitige Abrüstung nicht dazu führen, den Frieden auf Dauer zu sichern. Das Ende des Kalten Krieges zeigte hingegen, dass der duale Ansatz der NATO, Abschreckung mit Dialogbereitschaft zu verbinden, zu Abrüstung und einem neuen, konfliktlösungsorientierten Denken in der Außenpolitik führt - wenn auch zuweilen erst längerfristig. Wir werden uns im Dialog mit Russland dafür einsetzen, sowohl die konventionelle als auch die nichtkonventionelle Rüstungskontrolle wieder zu beleben. In deren Rahmen würde auch über den Abbau von Nuklearwaffen in ganz Europa einschließlich Deutschlands gesprochen werden. Wir teilen die Vision einer Welt frei von Nuklearwaffen. Als wichtige Zwischenschritte brauchen wir die Bereitschaft aller Besitzer von Nuklearwaffen, sich an Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesprächen zu beteiligen und nachweislich umzusetzen. Weiterhin erforderlich ist der schrittweise Aufbau einer weltweit verbindlichen und durchsetzungsstarken Friedens- und Sicherheitsordnung.

#### **Frage 5**

##### **Zivile Konfliktlösung und Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen**

Setzen Sie sich aktiv für die Umsetzung der UN-Resolution 1325ff (Beteiligung von Frauen an allen Konfliktlösungsfällen) im Sinne des aktuellen NAP 2017-2020 (Nationaler Aktionsplan) zum Schutz der Frauen und zu Ihrer Beteiligung an Friedentischen und Konfliktlösungsmechanismen ein? Welchen Stellenwert sehen Sie in einer adäquaten und substanziellen Beteiligung der Zivilgesellschaft, insbesondere Frauengruppen am Prozess der Umsetzung?

#### **Antwort**

Die UN-Resolution 1325 hat Eingang in die deutsche Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Gleichstellungspolitik gefunden. Die unionsgeführte

Bundesregierung hat Anfang des Jahres den zweiten Aktionsplan verabschiedet, um der Intention der Resolution gerecht zu werden. Demnach soll es bei den sechs thematischen Schwerpunkten Prävention, Beteiligung, Schutz, Wiederaufbau, Einsatzvorbereitung und Strafverfolgung bleiben, ergänzt um den neuen Schwerpunkt, die Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“. Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich zudem in ihren Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ am 14. Juni 2017 verpflichtet, dass sie ihre Fähigkeiten im Bereich Mediation weiter ausbauen und sich in Zukunft verstärkt an Mediationsprozessen beteiligen wird. „Sie achtet dabei insbesondere auf inklusive Dialogprozesse und auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen – sowohl auf der Seite der Verhandelnden als auch auf der Seite der Vermittelnden.“ CDU und CSU werden auch in der nächsten Legislaturperiode auf die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung achten.

## **Frage 6**

### **Gewalt gegen Frauen, insbesondere geflüchtete Frauen**

Welchen Stellenwert räumen Sie einen besonderen Schutzbedürfnis von Frauen und Mädchen vor sexualisierter Gewalt auf der Flucht und insbesondere in entsprechenden Unterkünften in Deutschland ein? Welche konkrete Maßnahmen werden Sie einsetzen, um den besonderen Schutzbedürfnis von Frauen gerecht zu werden? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen nicht gegen ihren Willen in sogenannte sichere Herkunftsländer abgeschoben werden, in welchen sie erneut unter geschlechtsspezifischer Verfolgung leiden würden?

## **Antwort**

Die unionsgeführte Bundesregierung setzt sich für die strafrechtliche Aufarbeitung von sexualisierten Kriegs- und anderen Gewaltverbrechen sowie die umfassende Unterstützung von Überlebenden durch psychosoziale, rechtliche, medizinische und ökonomische Maßnahmen ein. Mit der Resolution 1960 (2010) wurde deshalb ein System eingeführt, das es erlauben soll, Straflosigkeit entgegenzutreten und Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag ist hierfür die richtige Institution. CDU und CSU werden auch künftig die Arbeit des IStGH unterstützen. Im Rahmen ihrer Projekte unterstützt die Bundesregierung zudem den Aufbau von Kapazitäten sowie Sensibilisierungs- und

Aufklärungsmaßnahmen zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt. Auch wollen wir den Schutz vor sexualisierter Gewalt in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland auch künftig sicherstellen. Hierfür muss das Sicherheitspersonal in den Unterkünften hinreichend geschult sein, um ihre Aufgaben verantwortungsvoll und diskriminierungsfrei zu erfüllen. Das Sicherheitspersonal muss regelmäßig auf die erforderlichen Qualitätsstandards überprüft werden. Auch in Zukunft werden sich CDU und CSU dafür einsetzen, dass Frauen nicht gegen ihren Willen in Staaten abgeschoben werden, in welchen sie unter geschlechtsspezifischer Verfolgung leiden würden.

### **Frage 7**

#### **Frauen und Mädchenhandel in der Zwangsprostitution**

Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, um die Frauen und Kinder zu schützen, die insbesondere aus den Flüchtlingslagern in die Zwangsprostitution gehandelt werden?

### **Antwort**

Zur Bekämpfung von Zwangsprostitution aus den Flüchtlingslagern müssen die Polizeikräfte vor Ort gestärkt werden, u. a. durch verdeckte Ermittler. Im Fall der Involvierung von Angehörigen von UN-Personal unterstützen CDU und CSU die Empfehlungen der Vereinten Nationen. Dazu gehört die Sicherstellung, dass die nationalen Rechtssysteme der UN-Mitgliedstaaten Beschwerdemechanismen und entsprechende Strafverfahren haben, so dass die zuständigen Behörden bei Berichten über sexualisierte Gewalt tätig werden können. Die Vereinten Nationen empfehlen zudem die Einrichtung eines Fonds für die Opfer sexualisierter Gewalt, bei denen UN-Personal involviert war.

### **Frage 8**

#### **Bildung geflüchteter Frauen und Mädchen**

Werden Sie Bildungs- und Integrationschancen für geflüchtete Frauen und Mädchen vermehrt fördern?

### **Antwort**

Die jüngste Kurzanalyse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vom 12. April 2017 bestätigte die Annahme, dass geflüchtete Frauen meist weniger schulische und berufliche Bildung mitbringen. Dies führt aber nicht zu einem geringeren Erfolg in den Bildungsgängen selbst auswirkt. Das zeichnet sich ebenfalls beim Besuch von Integrationskursen in Deutschland ab, an denen geflüchtete Frauen offenbar seltener bzw. später teilnehmen, jedoch mit vergleichbarem Erfolg (Zertifikaterwerb) wie die Männer. Daher setzen sich CDU und CSU dafür ein, dass das BAMF auch weiterhin das Ziel verfolgt, mit niederschweligen Frauenkursen die Hindernisse möglichst gering zu halten. Sie sind als Einstiegsangebot gerade auch für jüngere Frauen sinnvoll, die aufgrund familiärer Verpflichtungen (noch) nicht an Integrationskursen teilnehmen können oder wollen. Ferner halten wir integrationskursbegleitende Kinderbetreuung für einen wichtigen Schritt, um Zugangsbarrieren für Mütter zu senken.

### **Frage 9**

#### **Bereitstellung von Fördergeldern für geflüchtete Frauen und Mädchen**

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gelder für geflüchtete Frauen in Zukunft nachhaltiger vergeben werden?

### **Antwort**

Die Ergebnisse der vom BAMF in Auftrag gegebene Studie „Möglichkeiten und Grenzen der Nachhaltigkeit von Integrationsprojekten“ zeigen, dass sich Nachhaltigkeit in der Projektarbeit nicht auf die Fortführung der Projekte reduzieren lässt. Deutlich wird auch, dass Nachhaltigkeit nicht erst mit einer gezielten Übergangsgestaltung am Projektende zustande kommt. Die Grundlagen dafür sollten bereits bei der Konzeption des Projekts geschaffen und im Prozess der Projektdurchführung nachhaltigkeitsrelevante Weichen gestellt werden.

CDU und CSU unterstützen die konkreten Handlungsempfehlungen für Mittelgeber, die beispielsweise dazu anregen, beim Antrags- und Auswahlverfahren nachhaltigkeitsrelevante Faktoren stärker zu berücksichtigen sowie die Projektträger zu qualifizieren und bei der Projektdurchführung zu begleiten.